OVZ – online 05.03.2015

Kreistag drückt Umlageplus unter eine Million und ebnet Weg für Investitionen

Haushalt des Altenburger Landes wird trotz heftiger Kritik gestern Abend mehrheitlich verabschiedet

Von Jens Rosenkranz

Altenburg. Das Landratsamt kann ab heute Investitionen von mehreren Millionen Euro anschieben und sich auf den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen besser vorbereiten. Außerdem wurde die Erhöhung der von den Gemeinden zu zahlenden Kreisumlage auf 999 999 Euro gedrückt. Das sind die wichtigsten Ergebnisse der gestrigen fast zweistündigen Etat-Debatte des Kreistages, an deren Ende kurz nach 20 Uhr der Haushalt des Altenburger Landes mit 32 Ja- und fünf Neinstimmen bei fünf Enthaltungen verabschiedet wurde.

Damit zerstreuten sich Befürchtungen, wonach das über 124 Millionen Euro umfassende Zahlenwerk durchfallen könnte. Denn bis zur Sitzung im Landschaftssaal gab es aus allen Fraktionen Signale, dass Mitglieder dem Haushalt nicht zustimmen werden. Ralf Plötner, Chef der Linken-Fraktion, kündigte sogar an, dass seine Truppe den Etat mehrheitlich ablehnen wird. Letztendlich fand sich in seinen Reihen aber lediglich eine einzige Gegenstimme. Nur die Fraktion der Regionalen machte ihre Ankündigung wahr und stimmte geschlossen dagegen. Mehraufwendungen beim Personal könnten nicht mit einer höheren Umlage der Gemeinden bezahlt werden, die selbst Personalkosten sparen müssen, nannte Fraktionschef Klaus-Peter Liefländer einen wesentlichen Grund für die Ablehnung. Mit ihrem Nein wollten die Regionalen auch ihre Kritik an der Landesregierung untermauern, die den Landkreisen ständig neue Aufgaben aufbürdet, sie dafür aber nicht mit dem nötigen Geld ausstattet.

Ralf Plötner bemängelte die ungenügende Bürgerbeteiligung und die Investitionskürzungen bei Schulen, Straßen und kulturellen Einrichtungen sowie beim Personal, was seine Fraktionsmitglieder nicht mehr mittragen könnten. Die höheren Aufwendungen der Kreisbehörde hätten zu einem tatsächlichen Umlageplus von 2,2 Millionen Euro führen müssen. Es dürfe aber nicht ständig für eine möglichst niedrige Umlage gekämpft werden, sondern in erster Linie für die Leistungsfähigkeit des Landratsamtes, forderte der Fraktionschef der Linken.

Heftige Kritik an Landrätin Michaele Sojka (Linke) für ihren Umgang mit den Kreisräten während der seit Oktober andauernden Haushaltsberatungen übte CDU-Fraktionsvorsitzender Uwe Melzer. "So etwas habe ich noch nie erlebt". Melzer begründete seinen Unmut mit Etat-Entwürfen, in die bewusst falsche Zahlen eingearbeitet und den Volksvertretern zu spät zur Verfügung gestellt wurden. Außerdem seien Vorschläge der Kreisräte bis auf wenige Ausnahmen weggewischt worden.

Der Fraktionschef der SPD, Dirk Schwerd, hob hervor, dass die reduzierte Umlagesteigerung weit weg von jenen 4,5 Millionen Euro liege, die im ersten Etat-Entwurf standen. Sicherlich führe dies zu Zumutungen bei den Beschäftigen im Landratsamt, aber auch zur Entlastung der Gemeinden. Er warnte davor, die Kommunen endlos zu belasten, um die nötigen Einnahmen zu erzielen. "Jahr für Jahr wird die Umlage erhöht, als würde es dafür ein Gesetz geben." Schwerd rügte Linke und Regionale, weil sie nur kritisieren, aber keine eigenen Vorschläge für Einsparungen unterbreiten würden.

Die Landrätin komplettierte die Reihen der Kritiker am Etat. Trotz der nun möglichen Investitionen warnte Sojka vor den Kürzungen beim Personal in Höhe von mehr als einer Million Euro, die kaum mehr zu verantworten sind. Faktisch bedeute dies eine Besetzungssperre neuer Stellen im Sozial- und Jugenhilfebereich. Wider besseres Wissen wurden ebenso die Bewirtschaftungskosten der eigenen Gebäude reduziert, warnte sie. "Alles in allem ist dies kein Haushalt, der ruhig schlafen lasst".

OVZ – online 04.03.2015

CDU und SPD zeigen klare Grenze für Zustimmung zum Kreis-Etat auf

Erhöhung der Umlage soll auf unter eine Million Euro sinken / Linke gegen weitere Kürzungen

Von Jens Rosenkranz und Thomas Haegeler

Altenburg. Die Kreisumlage wird nicht, wie von Landrätin Michaele Sojka (Linke) geplant, um 1,5 Millionen Euro steigen, sondern nur um einen Betrag knapp unter einer Million. So lautet der Kompromiss, mit dem der Etat auf der heutigen Kreistagssitzung eine knappe Mehrheit finden könnte. Darauf deuten die von der OVZ zusammengetragenen Äußerungen führender Kommunalpolitiker hin.

Noch bis Mittwoch vergangener Woche hatte Sojka versucht, an der von ihr vorgeschlagenen 1,5-Millionen-Steigerung festzuhalten. Allerdings wollte der Widerstand dagegen nicht verstummen. Wie stark dieser ist, sollte auf einer internen Klausurtagung von Finanzexperten des Kreistages am Freitag ausgelotet werden. Mit diesem Termin wollte Sojka ebenso verhindern, dass die Führungsspitzen von CDU und SPD intern Änderungsanträge vorbereiten und die Verwaltung damit heute überraschen. Spätestens auf der Sitzung des Kreisausschusses am Montag wurde deutlich, dass die 1,5 Millionen Euro keine Mehrheit finden - einzelne Forderungen, die sich in Richtung 750 000 Euro bewegen, aber ebenso unrealistisch sind. Offenbar gab es auch im Landratsamt Vorschläge, die Erhöhung auf knapp 1,3 Millionen Euro zu drücken. Das aber wird nicht reichen.

"Wenn die Kreisverwaltung bei der Umlagesteigerung unter eine Million Euro kommt, sind wir konsensbereit", zog CDU-Kreis- und Kreistagsfrak- tionschef Uwe Melzer gegenüber der OVZ eine klare Grenze. "Ansonsten geht der Haushalt zurück in die Ausschüsse, wodurch wieder Zeit ins Land geht und wichtige Investitionen liegenbleiben." Die Schuld für diese Haltung sieht der Unionspolitiker bei der Landrätin: "Sie hat seit Oktober alles ignoriert, was wir wollten." So könne man nicht mit ehrenamtlichen Kreisräten umspringen. "Zumal fast alle unsere Vorschläge zur weiteren Senkung der Kreisumlage weggewischt wurden", erklärt Melzer.

Ähnlich sieht das Altenburgs Oberbürgermeister Michael Wolf (SPD): "Uns ist klar, dass wir nicht ohne einen Anstieg der Kreisumlage auskommen, aber wir müssen uns fragen, wohin das führen soll, wenn wir die Umlage jedes Jahr um eine bis 1,5 Millionen Euro erhöhen, ohne nachhaltige strukturelle Änderungen herbeizuführen", sagte er der OVZ. Der bisher gefundene Konsens sei für ihn daher noch viel zu einseitig. Ebenso wie Melzer zieht Wolf eine klare Grenze für die Steigerung der Umlage: "Wenn wir uns bei knapp unter einer Million Euro treffen, ist das okay." Allerdings macht er deutlich, dass Altenburg von der Umlagesteigerung am stärksten betroffen ist. "Wir zahlen 10,7 Millionen Euro Umlage, bekommen aber nur 10,3 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen vom Land. Wir schieben also alles rüber und legen noch drauf." Allerdings dürfe man nun nicht übereinander herfallen. "Die Kommunen und der Landkreis sitzen in einem Boot, das mehrere undichte Stellen hat, die von allen gestopft werden müssen", fordert er.

Diese Kompromissbereitschaft hat allerdings nicht nur bei CDU und SPD Grenzen. Deswegen droht der Landrätin noch aus einer ganz anderen Richtung Ärger. So haben Mitglieder der Fraktion der Linken angekündigt, den Etat heute abzulehnen, wenn es bei den von Union und Sozialdemokraten geforderten Kürzungen bleibt.